

Aus der Budgetkommission.

Beratungen über die Volksernährung.

N. Berlin, 3. Dez. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages (Ausschuß für den Reichshaushalt) trat heute vormittag, nachdem sie gestern abend den Bericht über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung gehört hatte, in die Beratung dieser Fragen ein. Als erster Redner sprach der Staatssekretär des Reichsamt des Innern Dr. Delbrück, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden. — Ihm folgte ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der in einer langen Rede zunächst erklärte, daß das Resultat des ersten Kriegsjahres verhältnismäßig gut gewesen sei, da eine allzu große Preistreibererei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen gewesen sei. Die sozialdemokratische Partei tadelt nicht alles; sie erkenne an, daß manches geschehen sei, aber dies sei unvollständig gewesen und verspätet gekommen, wodurch auf manchen Gebieten jener Wucher möglich gewesen sei, den schließlich auch die Reichsregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen habe. Die Forderung treffe sowohl die Arbeiter wie die Kleinbauern und den Mittelstand; ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wie weit eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt sei. Hier bezieht sich der Redner auf die bekannten Darlegungen des fortschrittlichen Abgeordneten Wendt und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofer in Zeitungsartikeln bezw. in preussischen Landtage. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Höhere Preise werden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfrage, unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. In Arbeit habe es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 250 Verordnungen herausgegeben habe. Da man in landwirtschaftlichen Kreisen geglaubt habe, daß die Höchstpreise erhöht werden würden, so sei alsbald eine Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen gewesen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen sei, daß man nicht genau gewußt habe, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere Statistik durch unabhängige Wirtschaftsstatistiker geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung; das Volk habe die Beschränkung des Konsums willig ertragen. Die Preise von Getreide und Mehl ständen zueinander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreibererei beim Bier ermöglicht. Die Interessenten forderten eine Erhöhung der Zuckerböchstpreise von 15 Mark. Dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisekartoffeln verlesen werden können. Den Mangel an Futtermitteln habe man dazu benützt, die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fettarten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage beständen nicht für die, die sich tags zuvor genug Fleisch kauften. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegskäse hergestellt werden. Wenn nur eine oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürften, so würde das zur Verbilligung dienen. Die heutigen Butterpreise seien für die Unbemittelten viel zu hoch. Die Sozialdemokratie verlange nicht, daß die Produzenten unter dem Erzeugungspreise verlaufen sollen. Es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden. Den Gemeinden sei ein weiterer Eingriff aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen frei machen können, die nicht als wünschbar bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelböchstpreise schienen Unstimmigkeiten zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gäbe nur einen Diktator, der gegenseitig wirken könne, das sei die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstages ausführen, nämlich eine Reichslebensmittelzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung kontrollieren sollte. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff ein konservativer Abgeordneter das Wort und hob hervor, daß man auskommen werde, so lange die Erzeugung im Land nicht zurückgehe. Hierauf müsse die größte Rücksicht genommen werden. Die Erhebungen seien nicht ganz zulässig. Es müsse vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet werde. Durch die Verfütterung von Futterrüben sei die Rübenablieferung an die Zuckerrüben gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fett sei nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs seien, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt habe, die Preise. Es sei absolute Vaterlandspflicht aller Landwirte, aus dem Boden zu holen, was möglich sei, auch dann noch, wenn es sich nicht mehr lohnen sollte. So düchten nicht nur alle Männer, sondern auch alle Frauen in der Landwirtschaft. Natürlich habe diese Opferwilligkeit ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit. Darum müsse zwischen Erzeugungs- und Verkaufspreis das richtige Verhältnis bestehen. Es sei aber auf einigen Gebieten beeinträchtigt. Die Produktion eines Liters Milch koste heute 15 Pfennige mehr als in normalen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den anderen Bundesstaaten das Vorgehen des preussischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereitgefunden habe, Beiträge zur Vermehrung der Fleisch- und Fettvorräte durch Anschaffung von Schrot und anderen Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für eine allgemeine Durchführung dieser Maßnahmen im ganzen Reich würden nur den Kosten weniger Kriegstage gleichkommen, und ein solches Opfer wäre um so eher zu tragen, als auf diese Weise die Quelle vieler Mißstimmungen verstopft würde. Es sei unwirtschaftlich, etwa dem einen Landwirt die Futtermittel zu nehmen, um sie dem anderen zu geben. Dies würde letzten Endes die Einführung der Gemeinwirtschaft bedeuten, wie sie in Rußland bestehe, und die noch nicht ein Drittel unserer Erträge liefere. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung habe ein Uebereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt, man habe aber im letzten Moment die Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen gestellt wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen seien Kartoffeln zu Preistreibererei nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liege auch darin, daß im Allgemeinen innerhalb des Landes mehr verbaut werde. Für die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger solle mehr gesorgt werden, da die Produktion durch Mehrverwendung von Staltdünger gesteigert werde. Bessere Organisation der Gefangenearbeit würde namentlich auch die kleinen Landwirte den Mangel an Arbeitskräften besser ertragen lassen. Man habe den Landwirten die Pferde zu billigen Preisen genommen und solle ihnen daher auch wieder billige Pferde zur Verfügung stellen. Der Redner fasste seine Ausführungen dahin zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müßten, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe.

Die Beratung der Volksernährungsfragen im Reichshaushaltsausschuß des Reichstages wurde nachmittags fortgesetzt. Ein zweiter sozialdemokratischer Redner führte aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück wäre. Gewiß müsse der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten

beden, zu bekämpfen seien nur ungerechtfertigte Preise. Über Unzufriedenheit bekämpfe man auf die Dauer nicht durch die Preisbegrenzung, sondern durch die Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichten, wie von der Regierung dargelegt worden sei, aus, aber es müsse auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht habe es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es sei unrichtig, daß die Städte bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollten nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung seien die großen Vermittler und die großen Unternehmer immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel müsse ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetze als jetzt. Der Reichstag dürfe nicht ausgeschaltet werden; er müsse die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegen gewisse einzelstaatliche Einflüsse stärken.

Der Staatssekretär führte zur Angelegenheit der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preussischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige eben verschieden seien; wenn das preussische Landwirtschaftsministerium einen größeren Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffel in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September d. J. geschehen.

Ein Zentrumsabgeordneter hebt gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten. Er erwähnte die Kritik, die Deutschland nicht vor dem Auslande bloßzustellen. Das Volk müsse den ersten Willen sehen, daß alles geschehe, die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo der Widerstand liege, und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig sei. Der Redner fragte, warum der Weg der Versorgung durch die Organisationen der Landwirte nicht betreten worden sei, ob sie Widerstand geleistet hätten, ob dies der Handel sei oder schließlich die Städte verjagt hätten. Verschiedentlich stelle der Zwischenhandel für die Vermittlung zwischen Groß- und Kleinhandel übertriebene Forderungen. Aber es habe auch verstimmt, wenn die Landwirte hier und da vorbeigewandert. Zu begrüßen sei, daß jetzt auch kleinere Mengen von Kartoffeln beschlagnahmt werden könnten. Besonders großen Kartoffelverbrauch habe das Industriegebiet des Westens, dessen Versorgung auf alle Fälle gesichert werden müsse. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben, denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg sei, die sich bisher nicht eingeschränkt hätten. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr halb eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln sei äußerst wichtig. Ob die Bereitstellung von 100 Millionen der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte, daß die Debatte ergeben solle, was zur Besserung der Lage noch zu geschehen habe. Nicht Einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt, besonders vorsichtig zu sein. Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte hätten von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergeben habe, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat habe ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psychologische Fragen handle, was man noch nicht allgemein erfaßt habe.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle und Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium bezeichnete die Bedenken des Zentrums gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Ferkeln zu sichern, damit Fett gewonnen werde.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Anordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe. Es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könnte gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützen nicht soviel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Ferkel vorhanden sein, die man bis jetzt schon abschachten könnte. Auf dem Gebiete der Butterversorgung sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 Mark habe festsetzen können gegen 2,55 Mark in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln in Gütern über 10 Hektar beschlagnahmt werden könnten, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Die Denkschrift des Bundesrates hätte etwas eingehender die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt schildern können, die die Notwendigkeit zehntägigen Durchreisens bewiesen. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städte zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt durch Verzögerung der Verladung erstoren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden und dies dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft noch durch äußeren Widerstand verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Uebersehungsland Bayern viel leichter wäre, die Butterfrage zu regeln als für die Zuschußbezirke. Bommern, das gleichfalls ein Uebersehungsgebiet sei, habe es so gemacht, wie Bayern, und der Erfolg davon sei, daß Berlin eine Butterknappheit habe. Die Reichsregierung erwäge eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächst Sitzung Samstag Vormittag 10 Uhr.